

**16.10.2019**

**Niederschrift 004/2019**

**Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung**

am 23.09.2019 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.001-C.003 |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 15:30 Uhr

**Ende** 17:00 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende**

Frau Angelika Chur

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Jens Hebebrand

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Vertretung für Herrn Martin Blom

Vertretung für Herrn Rainer Goepfert

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Marie-Louise Scheideler

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Brauksiepe

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Ursula Schmidt

Vertretung für Herrn Marco Morten Pufke

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Hubert Hüppe

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Jochen Nadolski-Voigt

**Kreistagmitglieder Linksfraktion**

Frau Insa Bußmann

**Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Kunibert Kampmann

**Kreistagmitglieder FW**

Herr Helmut Stalz

**Beratendes ordentliches Mitglied**

Herr Michael Klostermann

Vertretung für Herrn Julius Will

**Verwaltung**

Herr Torsten Göpfert, Dezernent III

Herr Norbert Diekmännken, Leiter Fachbereich Arbeit und Soziales  
Herr Hans Zakel, stv. Leiter Planung und Mobilität  
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

**Abwesend:**

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Martin Blom

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Rainer Goepfert

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Marco Morten Pufke

**Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Patricia Esther Morgenthal

**Beratendes ordentliches Mitglied**

Herr Julius Will

Der Ausschuss tagt gemeinsam mit dem Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität unter Leitung des Vorsitzenden Günter Bremerich.

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 12.09.2019 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

**Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

**Punkt 2** 146/19 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2019

Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Erörterung

Herr Bremerich weist einleitend darauf hin, dass man bereits zum fünften Mal über den Pflegebedarfsplan beschließen, da das Landesrecht nach wie vor eine jährliche Beratung und Beschlussfassung vorsehe.

Frau Chur begrüßt die Anwesenden und befürwortet die gemeinsame Befassung der beiden zuständigen Ausschüsse mit der umfangreichen Thematik. Frau Chur und Herr Bremerich danken Herrn Zakel für die fundierte Arbeit. Diesem Dank schließen sich im Laufe der nachfolgenden Diskussion alle Fraktionen an.

Herr Zakel erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) die wesentlichen Punkte des Pflegebedarfsplans und die Entwicklungen seit der letzten Fortschreibung. Er stellt zusammenfassend fest, dass insgesamt derzeit keine weitere Ausweitung der stationären Pflegeheimplätze notwendig sei. Nach wie vor fehlten jedoch Plätze für die solitäre Kurzzeitpflege. Besorgniserregend sei zudem insbesondere der Pflegepersonalmangel. Er stellt die Situation und geplante Maßnahmen zur Gegensteuerung, insbesondere die konzertierte Aktion "Bündnis für Altenpflegepersonal" (vgl. Folien 31 /32) ausführlich dar.

Herr Bremerich führt aus, dass die Situation im Kreis Unna aufgrund der seit Jahren betriebenen Pflegebedarfsplanung recht gut sei. Das Prinzip "ambulant vor stationär" habe sich bewährt. Trotz einiger inzwischen erreichter Verbesserungen fehlten jedoch immer noch Plätze für die solitäre Kurzzeitpflege im Kreis. Bezüglich des von Herrn Zakel intensiv erläuterten Problems des Fachkräftemangels im Pflegebereich sei der Kreis als Koordinierungsstelle gefragt, um gezielte Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuleiten.

Herr Oldenburg erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Pflegebedarfsplan zustimmen. Der Leitgedanke "ambulant vor stationär" werde darin deutlich hervorgehoben. Handlungsbedarf bestehe hinsichtlich des Personalmangels und der knappen Kurzzeitpflegeplätze. Insbesondere sei problematisch, dass letztere kurzfristig kaum zu bekommen seien.

Auf seine Frage nach dem Zeitfenster für die Realisierung der bereits bedarfsbestätigten Plätze erläutert Herr Zakel, dass die Bedarfsbestätigungen vom Fachbereich Arbeit und Soziales befristet auf zwei Jahre ausgestellt würden, wobei eine Verlängerung grundsätzlich möglich sei. Die in 2016 erteilten Bedarfsbestätigungen seien aus unterschiedlichen, aber jeweils nachvollziehbaren Gründen zum Teil noch nicht realisiert. Da man mit einem Planungsvorlauf von drei Jahren gerechnet habe, hätten sich die Verzögerungen noch nicht negativ auf die Gesamtsituation ausgewirkt. Die noch offenen Bedarfsbestätigungen sollten aber jetzt zeitnah umgesetzt werden.

Herr Göpfert ergänzt, der Fachbereich Arbeit und Soziales prüfe laufend den Sachstand hinsichtlich der Realisierung. Man habe inzwischen einigen Trägern angekündigt, dass eine weitere Verlängerung der Bedarfsbestätigungen nicht erteilt werden könne, wenn kein nennenswerter Fortschritt erkennbar sei.

Für die CDU-Fraktion unterstreicht Herr Niessner, dass der Pflegebedarfsplan zwar eine gute Grundsituation, in Bezug auf den künftigen Pflegepersonalmangel jedoch auch dramatische Tendenzen aufzeige. Es sei zu begrüßen, dass der Kreis bereits erste Schritte unternommen habe, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Hauptverantwortung für eine ausreichende Personalausstattung liege jedoch bei den Pflegedienstleistern.

Herr Klostermann erkundigt sich nach den möglichen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Personalbedarf in der Altenpflege. Dazu führt Herr Zakel aus, dass Digitalisierung ein Thema bei den Anbietern sei. Es

gebe im Kreis bislang nur kleinere Modellprojekte, die noch nicht quantifizierbar seien. Nicht zuletzt wegen der speziellen Anforderungen an die Pflege Demenzkranker komme man in der Altenpflege nicht ohne menschliches Potenzial aus. Der dargestellte Personalbedarf von rund 2.200 Stellen bis zum Jahr 2030 sei als Mindestwert zu verstehen. Die Digitalisierung bringe in einigen Arbeitsfeldern Erleichterung, löse aber die Personalproblematik kurzfristig nicht.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht Herr Nadolski-Voigt die Notwendigkeit, mit einer konzertierten Aktion aller Beteiligten dem Pflegepersonal-mangel entgegenzuwirken. Auch der Kreis müsse sich beteiligen, da er die durch fehlendes Personal entstehenden Kosten mitfinanziere. Zudem benötige man eine Koordinierungsebene. Die von Herrn Zakel dargestellten Modellprojekte seien ein erster Schritt. Personal fehle nicht nur bei den Pflegedienstleistern, sondern auch beim Kreis, um die Grundproblematik noch effektiver anzugehen. Man sollte jetzt alle Beteiligten einbeziehen und mit Hochdruck an einer positiven Entwicklung der Zahlen und an einer besseren Finanzierung arbeiten.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz geht Herr Zakel noch einmal ausführlich auf die Problematik bei der Akquise von Fachkräften für den Pflegebereich ein. Es sei wichtig, auch auf Kreisebene soweit wie möglich Impulse zu setzen und die Rahmenbedingungen zu verbessern, statt auf das Handeln der Bundesregierung zu warten. Sonst bestehe die Gefahr, dass man von anderen Regionen abgehängt werde.

Frau Chur erklärt, es sei sicherlich unbefriedigend, dass im stationären Bereich in Unna, Bönen, Holzwickede und Selm insgesamt noch 193 bedarfsbestätigte Plätze fehlten. Wie von Herrn Göpfert dargestellt, werde die Entwicklung aber vom Fachbereich Arbeit und Soziales eng begleitet, so dass sie auf eine zeitnahe Realisierung der Plätze hoffe.

Im Bereich der solitären Kurzzeitpflege müsse man dringend nachbessern, da diese Plätze zur Entlastung pflegender Angehöriger gebraucht würden. Man sollte auch seitens der Kreispolitik darüber nachdenken, vielleicht noch einmal auf Bundesebene eine entsprechende Initiative zur auskömmlichen Finanzierung anzustoßen.

Der Mangel an Pflegepersonal sei bereits spürbar. Nicht nur in Einrichtungen, auch bei ambulanten Diensten würden inzwischen schon Pflegebedürftige abgewiesen. Dem Bericht der WTG-Behörde könne man entnehmen, dass das Personal in vielen Einrichtungen bereits an seiner Belastungsgrenze arbeite. Darum müsse jeder nach seinen Möglichkeiten daran arbeiten, diesem Mangel entgegenzuwirken. Zwar seien insbesondere auch die Unternehmen gefragt, jedoch sollte der Kreis seine kleineren Initiativen zu einer großen Imagekampagne zusammenführen. Sie hoffe, dass man in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden hier zu einer deutlichen Verbesserung komme.

### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der der Drucksache 146/19 als Anlage beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2019 nach APG NRW wird beschlossen.
2. Die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna „ambulant und präventiv vor stationär“ mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege wird fortgeführt. Ziel ist die Schaffung einer Gemeinwesen orientierten, abgestimmten, bedarfsgerechten, inklusiven, sozialen, kulturellen und gesundheitlich-pflegerischen Infrastruktur, die insbesondere quartiersorientiert und unter dem Leitgedanken „ambulant vor stationär“ auch das möglichst lebenslange Wohnen zuhause fördert und einen integrativ verlaufenden demografischen

Wandel sowie die Stärkung der Selbsthilfekräfte und des ehrenamtlichen Engagements gewährleisten kann.

3. Auf Grund des drohenden Personalnotstandes in der Altenpflege und der Gefährdung des sozialpolitischen Leitziels „ambulant vor stationär“ wird empfohlen, dass sich der Kreis Unna an einem „Bündnis für Pflegepersonal in der Altenpflege“ als kreisweite „Konzertierte Aktion“ aktiv beteiligt.
4. Es besteht weiterhin kein Bedarf an Pflegeheimplätzen zusätzlich zu denjenigen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. geplant werden und bereits eine positive Bedarfsbestätigung erhalten haben. Ziel des Kreises ist die langfristige Angleichung der Versorgungsquoten mit Abbau lokaler Überversorgung oder Unterversorgung unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten, wodurch eine evtl. Abweichung von der Kreisquote örtlich begründbar sein kann. Die Orientierungsquote, d.h. das Verhältnis der Pflegeplätze zu den Hochaltrigen, wird auf 14,5% gesenkt.
5. Es besteht sehr hoher Bedarf an weiteren solitären Kurzzeitpflegeplätzen. Die Mitglieder des Kreistages unterstützen die laufenden Bemühungen des Kreises Unna, sich gegenüber dem Bundestag als Gesetzgeber dafür einzusetzen, die in der Pflegeversicherung grundsätzlich nicht ausreichend ausgestattete solitäre Kurzzeitpflege besser abzusichern.
6. Die Tagespflege trägt in wachsendem Maße zur Vermeidung von Heimunterbringungen bei und unterstützt pflegende Angehörige. Es besteht daher noch grundsätzlich Bedarf an weiteren Tagespflegeplätzen. Zusätzliche Tagespflegen müssen aber vorrangig in bislang nicht oder nur gering versorgten Stadtteilen bzw. Sozialräumen entstehen, sofern dort entsprechende potentielle Nachfrage zu erwarten ist.
7. Es besteht weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

#### Anlage

Präsentation zum Pflegebedarfsplan

gez. Silke Schmücker  
Schriftführerin

gez. Angelika Chur  
Vorsitzende